

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14639

"Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14639 vom 05.12.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14788 des WK vom 14.12.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14848 vom 15.12.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016



## **Antrag**

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Büssinger**  
**SPD**

### **Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den Anfang Oktober 2016 geschlossenen Rahmenvertrag zwischen der Verwertungsgesellschaft (VG) Wort und der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) zu berichten.

Dabei sind folgende Aspekte zu beleuchten:

- Ist der Staatsregierung die Kritik der bayerischen Hochschulen am neuen Rahmenvertrag der VG Wort bekannt?
- Teilt die Staatsregierung die Auffassung der Hochschulen, dass die neue Regelung einen unverhältnismäßigen bürokratischen Arbeitsaufwand nach sich ziehen wird?
- Ist die Staatsregierung der Auffassung, dass diese neue Regelung einen positiven Einfluss auf die Digitalisierung von Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen haben wird?
- Plant die Staatsregierung sich in Neuverhandlungen mit der VG Wort wieder für ein Vergütungsmodell nach der bewährten – und von den Hochschulen geforderten – Pauschalabrechnung einzusetzen?

### **Begründung:**

Die Hochschulverbände Hochschule Bayern e.V. und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg e.V. haben bereits angekündigt, den Beitritt zum neuen Rahmenvertrag zur Nutzung urheberrechtlich geschützter Materialien in der digitalen Lehre, der zwischen Bund, Verwertungsgesellschaft (VG) Wort und Kultusministerkonferenz (KMK) geschlossen wurde, abzulehnen.

Die Vertreter der Hochschulen begründen ihre Entscheidung mit dem erhöhten Arbeitsaufwand und den damit verbundenen Kosten, die durch die neuen Regelungen entstehen würden. Konkret würde die bisherige pauschale Vergütung ab dem 1. Januar 2017 durch eine Einzelfallabrechnung ersetzt werden, wodurch die Hochschulen jeden, in einer Lehrveranstaltung verwendeten Textausschnitt bei der VG Wort melden müssten. Der daraus resultierende Arbeitsaufwand stünde, laut Hochschulen, in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen für Lehrende und Studierende. Dadurch würde insbesondere die digitale Lehre stark beeinträchtigt werden, was in einem Pilotprojekt im Wintersemester 2014/2015 an der Uni Osnabrück bereits sehr deutlich wurde. Da Dr. Ludwig Spaenle als Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst der KMK, welche mit der VG Wort über die Inhalte des besagten Rahmenvertrags verhandelt hat, angehört, stellt sich die Frage, welche Position die Staatsregierung in dieser Frage vertritt.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,  
Martina Fehlner u.a. SPD  
Drs. 17/14639**

**Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Georg Rosenthal**  
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Prof. Dr. Michael Piazolo**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Büssinger SPD**

Drs. 17/14639, 17/14788

### **Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den Anfang Oktober 2016 geschlossenen Rahmenvertrag zwischen der Verwertungsgesellschaft (VG) WORT und der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) zu berichten.

Dabei sind folgende Aspekte zu beleuchten:

- Ist der Staatsregierung die Kritik der bayerischen Hochschulen am neuen Rahmenvertrag der VG WORT bekannt?
- Teilt die Staatsregierung die Auffassung der Hochschulen, dass die neue Regelung einen unverhältnismäßigen bürokratischen Arbeitsaufwand nach sich ziehen wird?
- Ist die Staatsregierung der Auffassung, dass diese neue Regelung einen positiven Einfluss auf die Digitalisierung von Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen haben wird?
- Plant die Staatsregierung sich in Neuverhandlungen mit der VG WORT wieder für ein Vergütungsmodell nach der bewährten – und von den Hochschulen geforderten – Pauschalabrechnung einzusetzen?

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**  
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

**Anlage 1)**

Bevor wir abstimmen, weise ich noch auf Folgendes hin: Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner Sitzung am 13. Dezember die an Nummer 3 stehende Verfassungsstreitigkeit zum Volksbegehr "Nein zu CETA!" beraten und seine Beschlussempfehlung hierzu auf Drucksache 17/14778 abgegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat gestern die Beratungen zu den Listennummern 16 bis 19 abgeschlossen und ebenfalls seine Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Voten sind in der für Sie aufgelegten Liste enthalten. Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 13)**

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte–  
COM (2016) 127 final  
BR-Drs. 116/16  
Drs. 17/12329, 17/14659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen:  
Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte  
08.03.2016 – 31.12.2016  
Drs. 17/12534, 17/14652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Verfassungsstreitigkeit**

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2016 (Vf. 60-IX-16) betreffend Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. November 2016 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Nein zu CETA!“  
PII/G1310.16-0011  
Drs. 17/14778

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD  
Barrierefreiheit in Arztpraxen realisieren  
Drs. 17/11622, 17/14648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zur Lage der Frauen im Kunst- und Kulturbereich  
Drs. 17/12412, 17/14504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD  
Verbesserung der Schwerbehindertenrechte in Zügen der DB AG  
und ihrer Wettbewerber  
Drs. 17/12596, 17/14667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Teilhabe und Selbstbestimmung garantieren –  
Armut verhindern: für ein gutes Bundesteilhabegesetz!  
Drs. 17/12618, 17/14683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer,  
Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)  
Bessere Teilhabe jetzt!  
Drs. 17/12629, 17/14684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Für ein verbessertes Bundesteilhabegesetz  
Drs. 17/13088, 17/14685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll,  
Margit Wild u.a. SPD  
Angebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund an Gymnasium  
und Realschule aufstocken beziehungsweise schaffen  
Drs. 17/13212, 17/14644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD  
Freie Fahrt für Carsharing-Projekte –  
Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!  
Drs. 17/13499, 17/14668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern  
Drs. 17/13710, 17/14645 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)  
Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern  
Drs. 17/13818, 17/14649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wohnortnahe Versorgung mit Apotheken sicherstellen  
Drs. 17/13827, 17/14650 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Pilotprojekt zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten  
Drs. 17/14164, 17/14646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU  
Elektronische Semesterapparate: Urheberrechte schützen, Bürokratie vermeiden!  
Drs. 17/14508, 17/14785 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern  
Drs. 17/14639, 17/14788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Zeitgemäße Studienbedingungen nicht verhindern:  
Digitale Lehre und Forschung unterstützen!  
Drs. 17/14665, 17/14787 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unirahmenvertrag zum Urheberrecht reformieren –  
Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen  
Drs. 17/14666, 17/14786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Auswirkung der Neuausrichtung von Air Berlin auf den Flughafen Nürnberg  
Drs. 17/13695, 17/14669 (E)

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Kahlschlag bei Bayerns Försterinnen und Förstern umgehend beenden –  
Kommunen in der Bewirtschaftung der Wälder weiterhin unterstützen  
Drs. 17/13030, 17/14686 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**